

OA-Update / 2, 25.1.2021

Osteuropa



In den Ländern der Östlichen Partnerschaft beeinflusst das Pandemiegeschehen weiter die politische Agenda. Einschränkende Bestimmungen gelten weiter in der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan. Gleichzeitig wächst der Druck aus der Wirtschaft, die Tätigkeit von Unternehmen weniger zu beschränken.

Besonders die georgische Wirtschaft ist mit ihrem starken Tourismuszweig besonders betroffen. Grundsätzlich zeichnet sich dort aber eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftslage ab. In der Ukraine sorgt die Deckelung der Verbraucherpreise für Gas für die Monate Februar und März für Diskussionen und eine kritische Kommentierung durch die internationalen Finanzpartner. In Belarus deuten mehrere private und staatliche Umfragen unter Unternehmen auf negative Geschäftsaussichten hin, die vor allem durch die innenpolitische Krise beeinträchtigt werden.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Wirtschaftspolitik

Ukraine

In der Ukraine liegt die **Corona-Inzidenz** der vergangenen sieben Tage bei rund 105 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner (Stand: 21. Januar 2021). Damit hat sich das **Infektionsgeschehen in den vergangenen Wochen stabilisiert**. Weitergehende Informationen, u.a. zu aktuell geltenden Restriktionen, stellt die ukrainische Regierung unter <https://covid19.gov.ua/en/> zur Verfügung.

Im Jahr 2020 hat die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** rund eine Milliarde US-Dollar vorwiegend in **Infrastrukturprojekte in der Ukraine** investiert. Knapp die Hälfte, etwa 450 Millionen US-Dollar, flossen in den Bau von Straßen. Bestandteile der Partnerschaft waren darüber hinaus auch Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sowie die Bereitstellung von Mitteln für konkrete Unternehmensprojekte ukrainischer Firmen.

Vor dem Hintergrund ausstehender, vertraglich vereinbarter **Zahlungen an Erzeuger erneuerbarer Energien** hat der ukrainischer Premierminister Schmyhal die **Emission „Grüner Bonds“** in Landeswährung **angekündigt**. Mit diesem Instrument sollen Mittel für klimafreundliche Projekte sowie für die Bedienung der Zahlungsrückstände gewonnen werden.

Vor diesem Hintergrund hat der im Dezember ernannte **Energieminister Juri Witrenko** in einem Essay betont, dass die Ukraine sich dem globalen Trend hin zu einer **klimafreundlicheren Wirtschaft** anschließen müsse. **Sollte dies nicht gelingen, werde man drastisch an Wettbewerbs- und Exportfähigkeit verlieren**. Diese Zielorientierung ist auch von Bedeutung, da die Ukraine rund 40 Prozent seines Handels mit der Europäischen Union abwickelt, die erklärtermaßen bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden möchte. Ergänzend dazu kündigte die stellvertretende Premierministerin für europäische und euro-atlantische Integration Olha Stefanishyna an, dass die Ukraine der **Europäischen Batterie-Allianz und der Europäischen Allianz für sauberen Wasserstoff**, beitreten werde. Das Land ist bereits Mitglied der Europäischen Rohstoffallianz.

Vor dem **Hintergrund gestiegener Gaspreise** hat die ukrainische Regierung beschlossen, dass die **Verbraucherpreise im Februar und März 2021 bei maximal 6.990 Griwna** je tcm Gas, rund 250 US Dollar, liegen dürfen. Dies sind rund 30 Prozent weniger als der gegenwärtige Marktpreis. **Erste Kommentare** seitens des Internationalen Währungsfonds und des Energy Community Secretariats **fielen negativ aus**. Eine freie, staatlich nicht regulierte Preisbildung am Gasmarkt für Verbraucher war ein wesentlicher Bestandteil der Gasmarktreform in der Ukraine der vergangenen Jahre und der Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds. Gleichwohl scheinen im liberalisierten Gasmarkt des Landes für Verbraucher gewissen Ineffizienzen zu herrschen und Manipulationsmöglichkeiten zu bestehen, die eine Marktpreisbildung erschweren. **Die ukrainische Regierung begründete den neuerlichen Eingriff mit zu hohen Preisen für die anstehende Heizperiode**. Die Kappung der Preise soll mit dem 31. März 2021 auslaufen.

Die ukrainischen **Bruttowährungsreserven** erreichten zum **Jahresende 2020 ein Acht-Jahres-Hoch** und beliefen sich nach Angaben der Nationalbank der Ukraine auf 29,1 Milliarden US Dollar. Das Wachstum ist insbesondere auf die erfolgreiche Platzierung von Eurobonds

zurückzuführen. Somit beläuft sich die **Importdeckung auf 4,8 Monate**. Damit konnte die Nationalbank auch während der Wirtschaftskrise im Jahr 2020 die nationale Währung stabil halten, was sich positiv auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auswirkte.

Im Juni 2020 wurde eine direkte **Containerzugverbindung** zwischen China und der ukrainischen Hauptstadt eröffnet. Zwischenzeitlich verkehrt mindestens ein Zug pro Woche. Im Februar werden Züge aus zwei weiteren chinesischen Städten im Osten des Landes regelmäßig nach Kiew fahren (Nanchang und Jinan). **Nach Angaben der Ukrainischen Eisenbahn wuchs der Containerzugverkehr im Jahr 2020 um elf Prozent (+ 425.000 TEU)** im Vergleich zum Vorjahr.

Zum 1. Januar 2021 sind verschiedene **Steueränderungen in der Ukraine** in Kraft getreten. Unter anderem findet ein neues Steuerformular für die einheitliche Steuerberechnung der an natürliche Personen gezahlten Einkommen und der einbehaltenen Beträge Anwendung. Eingeführt wird auch ein „Einheitliches Steuerkonto“ das von einem Steuerzahler zur Zahlung von Geldverpflichtungen und/oder Steuerverbindlichkeiten für Steuern und Gebühren und andere Zahlungen genutzt werden kann. **Eine Übersicht hat die Wirtschaftskanzlei Dentons [hier](#) zusammengestellt.**

Die **Ukrainische Nationalbank** hat in einer Umfrage 693 ukrainische Unternehmen zu den **Geschäftsaussichten** für das Jahr 2021 befragt. Der Trend gestaltet sich zur vorangegangenen Umfrage positiver. Rund ein Fünftel der Unternehmen planen Personalreduzierungen (in der vorangegangenen Erhebung waren dies noch 33 Prozent). 63 Prozent planen Gehaltserhöhungen (56 Prozent im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage). Knapp die Hälfte der Unternehmen, 42 Prozent, planen für dieses Jahr Kreditaufnahmen. Davon werden 72 Prozent in Griwna und 28 Prozent in ausländischer Währung aufgenommen.

Belarus

In Belarus hält die **innenpolitische Krise** weiter an. Ein Dialog zwischen den gesellschaftlichen Kräften, der die Demokratiebewegung einschließt, ist weiterhin nicht in Sicht. Vor diesem Hintergrund hat das Beratungsunternehmen Civitta im November und Dezember 2021 eine [Umfrage zur aktuellen Lage und zu den Zukunftsaussichten](#) durchgeführt. **Die Mehrheit der befragten 420 privaten und staatlichen Unternehmen (rund 70 Prozent) bezeichnen die aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht und geben einen negativen Ausblick** mit der Erwartung, dass sich die Situation noch verschlechtere. Neben der Corona-Pandemie machen die Unternehmen vor allem die innenpolitische Krise mit den damit verbundenen nationalen und internationalen Auswirkungen für die Lage verantwortlich. **Sie erwarten nur eine Verbesserung, sollte die Situation rasch gelöst werden.** Gemäß der Umfrage wünschen sich die Unternehmen effektivere und effizientere Maßnahmen zur Krisenbewältigung, unter anderem Steuererleichterungen, mehr Subventionen sowie die Verringerung staatlicher Kontrolle mit einer höheren Anzahl privater Unternehmen. **Die in der Tendenz negativen Aussichten werden auch durch Umfragen bestätigt, die durch die Belarussische Nationalbank durchgeführt werden.**

Mit Blick auf die weitere **Entwicklung der Wirtschaft** im Land hat sich der stellvertretende **Vorsitzende der Belarussischen Wissenschafts- und Industrievereinigung**, Georgi

Grits, in einem Interview geäußert. Er plädiert dafür, **Wachstum vor allem durch die Stärkung originär belarussischer Unternehmen zu erzeugen** und weniger auf die Förderung ausländischer Investitionen zu setzen. Dies sei, so Grits weiter, die strategische Ausrichtung des Wirtschaftsministeriums. Im aktuellen Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 2025 rechnen die Behörden mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von fünf Prozent.

Im abgelaufenen Jahr stieg die **Inflation** auf 7,4 Prozent und liegt damit **deutlich über dem von der Nationalbank definierten Zielkorridor**. Bisher hat die Nationalbank auf diesen Trend noch nicht reagiert. Interveniert wurde jedoch, um die Landeswährung zu stützen. Allerdings wertete der Wechselkurs im Laufe des Jahres 2020 um 21 Prozent ab. Insgesamt ging das belarussische **Bruttoinlandsprodukt um 0,9 Prozent zurück**. Dieser **leichte Einbruch ist vor allem mit den geringen Corona-Eindämmungsmaßnahmen** zu erklären. Die politische Unsicherheit trübt die Aussichten für das Jahr 2021 jedoch ein. Nach Angaben des German Economic Team ist der **Haushaltssaldo im Jahr 2020 auf minus 4,6 Prozent des BIP gewachsen**.

Der Blick auf die finanziellen Entwicklungen in Belarus zeigt einen starken Anstieg von **Unternehmensverschuldungen**. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen dafür, dass der Bankensektor vor dem Hintergrund der politischen Krise unter Stress gerät und **Re-Finanzierungsunsicherheiten im Laufe des Jahres 2021 zunehmen werden**.

Südkaukasus

Das Volumen der Investitionen in **Aserbaidischans Öl- und Gassektor** stieg im Jahr 2020 um 0,3 Prozent, wie das staatliche Statistikkomitee mitteilte. Gleichzeitig **sanken die Investitionen im Nicht-Öl- und Gas-Sektor des Landes im Berichtszeitraum um 12,3 Prozent**. Darüber hinaus wurden 17 Milliarde AZN, rund (9,9 Milliarden US-Dollar), in das Anlagevermögen investiert. Dies sind 8,3 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Rund 65 Prozent oder 11,1 Milliarden AZN (rund 6,5 Milliarden US-Dollar) entfielen davon auf das produzierende Gewerbe. 26,4 Prozent (4,4 Milliarden AZN bzw. 2,5 Milliarden US-Dollar) wurden in Dienstleistungsbereiche investiert und acht Prozent (1,3 Milliarden AZN / knapp 765 Millionen US-Dollar) im Baubereich. **Vom gesamten Anlagevolumen wurden 69,9 Prozent aus internen Mitteln finanziert**.

Wie die Weltbank mitteilte, sei **Aserbaidischans Wirtschaft** 2020 voraussichtlich um fünf Prozent geschrumpft und werde in den Jahren 2021 und 2020 ein Wachstum von 1,9 Prozent beziehungsweise von 4,5 Prozent verzeichnen.

Aserbaidischans, Turkmenistan und Afghanistan haben am 21. Januar eine **Roadmap für die Zusammenarbeit** auf dem „Lapis-Lazuli“-Transit- und Transportkorridor unterzeichnet. Die drei Länder streben an, ihre Zusammenarbeit im Bereich Transport und Kommunikation zu verbessern. Das nach dem blauen Gestein Lapis Lazuli benannte Kooperationsabkommen wurde im November 2017 zwischen den Ländern Turkmenistan, Aserbaidischans, Georgien, der Türkei und Afghanistan unterzeichnet. **Zu den Hauptzielen der Partnerschaft in diesem Format gehört es, die wirtschaftliche Integration der Region zu erhöhen**.

Das durchschnittliche monatliche **Gehalt angestellter Arbeitnehmer** stieg in **Aserbaidschan** im Zeitraum von Januar bis November 2020 **um 12,9 Prozent** und betrug 703,5 AZN, knapp 340 Euro, berichtete das staatliche Statistikkomitee. Von den Steigerungen des Nominallohns profitierten besonders Beschäftigte in den Bereichen Bergbau, Finanz- und Versicherungswirtschaft, im Bereich Information und Kommunikation sowie im Transport- und Lagerwesen.

Zum 1. Dezember 2020 stieg die **Zahl der Beschäftigten** verglichen mit dem gleichen Zeitraum des letzten Jahres in **Aserbaidschan** um 40.200 Personen oder 2,4 Prozent und belief sich auf 1,6 Millionen Menschen. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten arbeiten 917.800 im öffentlichen Sektor und 766.700 im privaten Sektor. Dies teilte die Nationale Statistikbehörde mit.

Armeniens Wirtschaft wird im Jahr 2020 um acht Prozent schrumpfen und in den Jahren 2021 und 2022 wieder um 3,1 Prozent sowie um 4,5 Prozent wachsen, wie die Weltbank in ihrem Bericht „Global Economic Prospects“ berichtet.

Die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)** reagierte auf die **Covid-19-Pandemie in Armenien** im Jahr 2020 mit einer Rekordinvestition von **167 Millionen Euro für Projekte** in den Bereichen Energie, Banken und Transport sowie durch Unterstützung bei der Handelsfinanzierung, teilte das EBRD-Büro in Armenien mit. 90 Prozent der Mittel fließen in die Unterstützung des privaten Sektors, darunter in die Finanzierung eines Solarkraftwerks mit einem Output von 55 Megawatt.

Das **armenische Parlament** stimmte am 19. Januar in zweiter Lesung mit 84 zu zwei Stimmen dem von der Regierung eingebrachten **Gesetzentwurf** zu, der **von öffentlichen Amtsträgern verlangt, zusätzlich zu den Vermögensoffenlegungen auch Ausgabenoffenlegungen transparent zu machen**. Regierungsbeamte, die mehr als 2 Millionen Dram, rund 3.420 Euro, als Einzelausgabe tätigen, müssen dies künftig offenlegen. Darüber hinaus wird das Gesetz von nun an verlangen, dass Beamte in ihren Vermögenserklärungen auch die Vermögenswerte angeben, die de facto in ihrem Besitz sind, aber unter dem Namen eines anderen registriert sind.

In **Georgien** sollen **Shopping Malls und Geschäfte** ab dem 1. Februar wieder öffnen dürfen. Die entsprechende Entscheidung wurde vom Pandemie-Koordinierungsrat getroffen. Vize-Premierminister Maia Tskitishvili teilte weiterhin mit, dass in Batumi, Zugdidi, Poti, Gori und Telavi Geschäfte an Wochenenden nicht öffnen dürfen.

Linienflüge werden ab dem 2. Februar zu allen üblichen Destinationen von **Georgien** aus **wieder erlaubt** und möglich, sagte die Ministerin für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung Natia Turnava nach der Sitzung des behördenübergreifenden Koordinationsrates. **Es gelten dabei coronabedingte medizinische Sicherheitsvorkehrungen und Voraussetzungen.**

Insgesamt fünfzehn **Wirtschaftsverbände** hatten zuvor am 20. Januar einen **offenen Brief an die georgische Regierung** veröffentlicht, in dem sie die äußerst schwerwiegenden Probleme der Wirtschaft inmitten der Pandemie benennen und ihre Besorgnis über eine wei-

tere Verschlimmerung der Situation zum Ausdruck bringen, wenn die geltenden Einschränkungen nicht aufgehoben werden. **Im Rahmen eines Sechs-Punkte-Plans schlagen die Verbände die schrittweise Öffnung der Wirtschaft vor.** Besonders betroffen von Einschränkungen sind die Geschäftszweige Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Transport und Flugverkehr sowie Tourismus. Die Lage, so die Autoren, sei für einen Großteil der Unternehmen aus diesen Branchen existenzbedrohend.

Das **Nationale Statistikamt Georgiens**, GeoStat, verwendet seit dem dritten Quartal 2020 die **Standards der Internationalen Arbeitsorganisation, um die Arbeitslosenquote zu erfassen.** Demzufolge ist die Arbeitslosenquote gestiegen und die Beschäftigungsquote im Vergleich zu den zuvor veröffentlichten Daten gesunken. Mit dem neuen Standard ist die Arbeitslosenquote im ländlichen Raum deutlich höher (etwa um das Dreifache), während der Unterschied in städtischen Räumen nur marginal ist. Gleichzeitig sank die Beschäftigungsquote um 1,3 Prozent auf 41,8 Prozent. Der Anteil der Selbstständigen sank nach der Umstellung von 49,7 auf 30,7 Prozent im Jahr 2019.

Konjunktur

Aktuelle Handelszahlen für die Region

	Warenverkehr in Mrd €		Dt. Einfuhr in Mrd €		Dt. Ausfuhr in Mrd €		Veränderungen Handelsumsatz in %
	Jan- Nov 2020	Jan- Nov 2019	Jan- Nov 2020	Jan- Nov 2019	Jan- Nov 2020	Jan- Nov 2019	Ggü. Vorjah- res- zeitraum
Ukraine	6,489	7,107	2,259	2,626	4,230	4,481	-8,7
Belarus	1,762	1,885	0,489	0,523	1,273	1,362	-6,5
Aserbaidshan	1,038	1,697	0,711	1,287	0,326	0,410	-38,8
Georgien	0,374	0,428	0,080	0,055	0,294	0,373	-12,6
Armenien	0,237	0,273	0,059	0,108	0,179	0,164	-13,2

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021, Stand: 18.01.2021, Berechnungen des Ost-Ausschusses

Ukraine: Der **gesamte ukrainische Handel** ist 2020 **um sechs Prozent gesunken** und erreichte 103,4 Milliarden US-Dollar. Die Importe gingen um 10,3 Prozent auf 54,2 Milliarden US-Dollar zurück, während die Warenexporte um 1,7 Prozent auf 49,2 Milliarden US-Dollar sanken. Die Veränderungen im Import-Export haben das Handelsdefizit der Ukraine im Jahr 2020 halbiert, von 10,2 Milliarden US-Dollar auf 4,9 Milliarden US Dollar.

Trotz des allgemeinen Rückgangs legte der Handel mit China zu. Das Land ist im zweiten Jahr in Folge der größte nationale Handelspartner der Ukraine gewesen, wie der Staatliche Statistikdienst mitteilte. **Der ukrainisch-chinesische Handelsumsatz belief sich 2020 auf**

15,4 Milliarden US Dollar, ein Plus von drei Milliarden US Dollar im Vergleich zum Jahr 2019 (Ukrainische Ausfuhr: 7,1 Milliarden US Dollar, Chinesische Einfuhr: 8,3 Milliarden US Dollar). China kauft vor allem landwirtschaftliche Produkte der Ukraine und investiert in Schienen- und Straßeninfrastruktur des Landes. Strategisches Ziel ist die verbesserte Erreichbarkeit der EU-Märkte. **Russland** ist das **zweitwichtigste Einzelland** im internationalen Handel. Im vergangenen Jahr exportierte die Ukraine nach Russland Waren im Wert von 2,7 Milliarden US-Dollar, im Jahr 2019 waren es 3,24 Milliarden Dollar. Die Importe aus Russland beliefen sich 2020 auf 4,6 Milliarden US-Dollar im Vergleich zu 7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019. **Als Handelsblock bleibt die Europäische Union auch im Jahr 2020 der wichtigste ukrainische Handelspartner.** Trotz eines Rückgangs um rund 15 Prozent im Vergleich zu 2019 handelten EU-Mitgliedsstaaten und die Ukraine Waren im Wert von 18,8 Milliarden US-Dollar.

Belarus: Für das Jahr 2021 erwartet das German Economic Team einen **Einbruch der Wirtschaftsleistung** um 2,7 Prozent. **Wesentlichen Einfluss darauf wird der Fortgang der politischen Krise haben.** Bis zum dritten Quartal 2020 schrumpfte der private Konsum um minus 4,1 Prozent, obwohl das Lohnniveau nominal um acht Prozent stieg. Besondere Rückgänge verzeichneten die Branchen Transport und Logistik sowie der Groß- und Einzelhandel. Wachstumsstark zeigten sich der IKT-Sektor (plus sieben Prozent) und der Bereich Land- und Forstwirtschaft mit plus 5,3 Prozent. In den **Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland** gingen die deutschen Exporte zwischen Januar bis November 2020 um -6,5 Prozent zurück, Deutsche Importe entwickelten sich mit -6,5 Prozent rückläufig.

Armenien: Die **Inflation** in Armenien betrug im Dezember 2020 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Lebensmittel und alkoholfreie Getränke kosteten 4,9 Prozent mehr, die Verbraucherpreise für Bekleidung und Schuhe legten leicht um 0,3 Prozent zu, die Preise für Kommunaldienstleistungen, Wasserversorgung, Strom, Gas und andere Arten von Brennstoffen legten um 0,5 Prozent zu. Leistungen im Gesundheitswesen verteuerten sich um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Steuereinnahmen des armenischen Staatshaushaltes betrugen im Jahr 2020 1,385 Billionen Dram (rund 2,37 Milliarden Euro). Das sind etwa 60 Milliarden Dram (rund 100 Millionen Euro) mehr als geplant.

Georgien: Finanzminister Ivane Machavariani schätzt die **Steuermindereinnahmen** im Jahr 2020 auf rund 1,2 Milliarden Lari (rund 300 Millionen Euro) im Vergleich zum ursprünglichen Plan. Die Steuerausfälle resultieren überwiegend aus dem größtenteils brachliegendem Tourismussektor im Zuge der Coronakrise.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am 21. und 25. Januar 2021 hat das German Economic Team die neusten Zahlen zu den wirtschaftlichen Entwicklungen in Belarus, der Ukraine, Armenien und Georgien sowie für die Republik Moldau und Usbekistan in online-Formaten vorgestellt. Gekennzeichnet sind die Entwicklungen durch einen starken wirtschaftlichen Einbruch insbesondere im Frühjahr 2020. Für die zweite Jahreshälfte sind aber einheitlich positive Trends ablesbar. Die Präsentationen zu den Wirtschaftstrends sind unter <https://www.german-economic-team.com> abrufbar.

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **28./29. Januar 2021** – Ost-Ausschuss als Partner der **4. Renpower Ukraine**: Anmeldungen zum reduzierten Teilnehmerbeitrag mit dem Stichwort „German Eastern Business Association / Ost-Ausschuss“ sind über die [Veranstaltungswebsite](#) möglich.
- 
- Die Sitzungen der **Länderarbeitskreise zu Belarus, der Ukraine und den Ländern des Südlichen Kaukasus** finden an folgenden Tagen in digitaler Form statt – **NUR AUF EINLADUNG**
 - Belarus: 10. Februar 2021
 - Ukraine: 22. Februar 2021
 - Südkaukasus: 2. März 2021
 - Save the date: **19. März 2021** – [4. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum](#) (digital / hybrid)
 - **Erstes Halbjahr 2021** - Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** mit den Schwerpunkten e-health/BioTech, Agrar/Logistik, Robotics/Automation/Space, Bildung und HR sowie zum Thema Ukraine als Partner im Outsourcing (Termine werden demnächst bekannt gegeben)

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung be-

nötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Prof. Anders Aslund, einer der tiefsten Ukraine-Kenner und Experte hat sich in einem lesenswerten Meinungsartikel zu den Wirtschaftsperspektiven der Ukraine im Jahr 2021 geäußert: [What is Ukraine's economic outlook for 2021? - Atlantic Council](#)

Unter folgenden Links finden Sie aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshon: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien: <https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshon <https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus <https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien <https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine <https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: @OstAusschuss